

---

Podiumsdiskussion

## Ungarns EU-Ratspräsidentschaft 2024 Verhältnis auf dem Prüfstand

Veranstaltende: Südosteuropa-Gesellschaft e.V. in Kooperation mit Renovabis e.V.  
und „Ost-West. Europäische Perspektiven“  
München, 10. Juni 2024

*Bericht von Wladimir Dirksen, München*

### Einleitung

Ungarn gilt seit vielen Jahren als schwieriger Partner in der EU. Seit der Parlamentswahl 2010 hat die Fidesz-Regierung unter Ministerpräsident Victor Orbán ihre Mehrheit dafür genutzt, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Ungarn abzubauen, die Pressefreiheit einzuschränken und den politischen Wettbewerb zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Die Europäische Kommission befindet sich aus diesem Grund seit Jahren mit Budapest im Konflikt. Sie setzt nach dem Scheitern vieler Dialogversuche inzwischen

auch Finanzsanktionen gegen den Mitgliedstaat ein. Seit Russlands Angriffskrieg in der Ukraine ist ein weiteres Konfliktfeld zwischen Brüssel und Budapest hinzugekommen. So verzögerte Ungarn nicht nur die NATO-Norderweiterung, sondern auch Hilfen für die Ukraine. Während die EU eine der schwierigsten Phasen ihrer Geschichte durchlebt und besorgt auf die Wahlen zum Europäischen Parlament und die Präsidentschaftswahlen in den USA blickt, übernimmt Ungarn turnusmäßig am 1. Juli 2024 die EU-Ratspräsidentschaft.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Die Veranstaltung fand vor diesem Termin statt. Über weitere Entwicklungen werden die SOM in den folgenden Ausgaben berichten (Anm. d. Red.).

Vor diesem Hintergrund veranstaltete die Südosteuropa-Gesellschaft in Kooperation mit Renovabis e.V. am Tag nach den Wahlen zum Europäischen Parlament eine Podiumsdiskussion, um zu analysieren, was von Ungarn in dieser Position zu erwarten ist, welchen Einfluss die Konflikte zwischen der ungarischen Regierung und der EU-Kommission auf die Ratspräsidentschaft haben und welche Themen im Fokus stehen werden. An der Podiumsdiskussion nahmen der Politiker Dr. h. c. *Bernd Posselt*, Vorsitzender der Paneuropa-Union und ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments (1994–2014), Dr. *Sonja Priebus*, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder, *Zoltán Kiszelly*, Direktor des Center for Political Analysis an der regierungsnahen Századvég School of Politics in Budapest sowie Dr. *Gabor Polyák*, Professor für Medienrecht und Medienpolitik an der Eötvös Loránd Universität in Budapest teil. Die Diskussion moderierte *Gemma Pörzgen*, Chefredakteurin der Zeitschrift „Ost-West. Europäische Perspektiven“ in Berlin.

### Podiumsdiskussion

Nach einer Begrüßung durch den Geschäftsführer der Südosteuropa-Gesellschaft, Dr. *Christian Hagemann*, leitete Moderatorin *Pörzgen* die Diskussion mit der Frage ein, wie es zu dem überraschenden Ergebnis der Europawahl vom Vortag kommen konnte, bei der die Regierungspartei Fidesz das schlechteste Wahlergebnis in Ungarn seit vierzehn Jahren verzeichnete. Der Sensationserfolg des politischen Newcomers Péter Magyar und seiner Partei Tiszta és Szabadság Párt (TISZA) sei laut Medienrechtler *Polyák* aus einer Reihe von Gründen abzusehen gewesen. Zunächst einmal seien große Teile der ungarischen Bevölkerung schon lange mit der politischen Situation im Land extrem unzufrieden. Hieran hätte der plumpe Wahlkampf der Regierungspartei, welcher sich erwartungsgemäß auf die Themen Migration, George Soros und die Darstellung Orbáns als alleinigen Kämpfer gegen die bellizistischen Eliten Brüssels beschränkt habe, nichts zu ändern vermocht.

Diese Unzufriedenheit habe der Jurist Magyar, der bis vor kurzem noch selbst Teil des Fidesz-Systems und Ex-Ehemann der früheren Justizministerin Judit Varga gewesen ist, geschickt für

sich nutzen können. Magyars Ex-Ehefrau Varga stand im Frühjahr letzten Jahres wegen ihrer Mitwirkung bei der Begnadigung in einem Fall von Pädophilie in der Kritik und zog sich daraufhin aus der Politik zurück. Im Frühjahr 2024 wandte sich Magyar mit Enthüllungen aus der ungarischen Machtelite an die Öffentlichkeit und warf der Regierung von Victor Orbán Korruption, Justizbehinderung und Machtmissbrauch vor. Magyars Kundgebungen in Budapest, aber auch in den Fidesz-Hochburgen auf dem Land zogen daraufhin zehntausende Menschen an. Unter der Führung Magyars gelang es der Partei TISZA, welche sich erst im April 2024 für die Europawahl registrierte, aus dem Stand mit rund 30 Prozent der Stimmen auf Platz zwei in Ungarn zu kommen. Dies sei in der europäischen Wahlgeschichte ein nie dagewesener Erfolg und stelle insbesondere angesichts der immensen finanziellen Ressourcen und der medialen Übermacht der Regierungspartei eine Besonderheit dar, so *Polyák*. Bei der Europawahl, welche in Ungarn eine Rekord-Wahlbeteiligung verzeichnete, gelang es der Mitte-rechts-Partei TISZA außerdem, den traditionellen Oppositionsparteien wie der sozialliberalen und bisher größten Oppositionspartei Demokratikus Koalíció (DK) den Rang abzulaufen.

*Priebus* wies darauf hin, dass Magyar noch sehr schwer einzuschätzen sei. Sein Alleinstellungsmerkmal als Fidesz-Insider schüre die Hoffnung, dass er die Missstände im Land genau kenne und Informationen über noch nicht bekannte Korruptionsfälle aufdecken würde. Aus diesem Grund könne Magyar der Fidesz-Regierung sehr gefährlich werden, so *Priebus*. Allerdings habe die Partei von Magyar noch kein ausgereiftes Programm, weshalb man bisher bloß durch seine Äußerungen darauf schließen könne, dass auch Magyar eine national-konservative Politik verfolge und seine Positionen in vielerlei Hinsicht denen der Fidesz ähneln werden. Den großen Unterschied stelle laut *Priebus* das Thema Korruptionsbekämpfung und Magyars Wille dar, Ungarns Bindung an Russland und China durch eine eindeutige Westbindung zu ersetzen. *Posselt*, aus seiner Erfahrung als langjähriges Mitglied des Europäischen Parlaments, prognostizierte eine rasche Aufnahme der TISZA in die EVP-Fraktion, aus der Orbáns Fidesz-Partei im Jahr 2019 ausgeschlossen wurde.

*Pörzgen* wollte daraufhin wissen, ob es ein Fehler war, dass die CDU/CSU Fraktion die Fidesz unter Victor Orbán über viele Jahre unterstützt habe. Bezogen auf die Person Victor Orbán, den er seit vielen Jahren persönlich kenne, hob *Posselt* hervor, dass dieser in zwei Jahrzehnten seines politischen Wirkens eine tiefgreifende persönliche Entwicklung durchlaufen hätte. Zu Beginn seiner politischen Karriere sei Orbán ein dezidiert pro-europäischer, linksliberaler Oppositioneller gewesen, der sich später zu einem effektiven, christdemokratischen Premierminister entwickelt habe. In diesen Jahren habe Orbán die Demokratie in Ungarn gestärkt, die Korruption bekämpft und insgesamt sei die Zusammenarbeit mit der Fidesz auch für die EU sehr produktiv gewesen. Allerdings habe Orbán eine dritte Metamorphose durchlaufen – hin zu einem illiberalen, national-konservativen Saboteur der EU, was *Posselt* sehr bedauere und weshalb er ihm schließlich die Freundschaft gekündigt habe.

Anknüpfend blockte *Kiszelly* die Kritik seiner Vordröner an Orbáns Regierung ab, indem er betonte, dass Ungarn sich für einen eigenen Weg entschieden habe, unabhängig davon, was in Brüssel gerade en vogue sei. Beispielsweise würde sich das Land im russischen Angriffskrieg – im Gegensatz zur EU – als neutraler Staat positionieren. Die Mehrheit der Bevölkerung der EU sehne sich nach Frieden, weshalb die Sanktionen gegen Russland und die Waffenlieferungen an die Ukraine laut *Kiszelly* kontraproduktiv seien und den Krieg nur verlängern, aber nicht entscheiden könnten. Ungarn zeige sich solidarisch mit der Ukraine, leiste aber im Gegensatz zu anderen EU-Mitgliedstaaten nur humanitäre Hilfe. Der Ausgang des Krieges sei ungewiss. Im Falle einer weiteren Verschiebung der Grenze Russlands gen Westen sei es wichtig, sich durch die Wahrung guter Beziehungen mit Moskau darauf vorzubereiten. *Kiszellys* Äußerungen zum Umgang mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine ernteten unter den anderen Panellist:innen ungläubiges Kopfschütteln.

Daraufhin fragte *Pörzgen* die Panellist:innen, welche Ziele die ungarische Regierung in ihrer anstehenden Ratspräsidentschaft ihrer Ansicht nach verfolgen und welche Auswirkungen diese

in den nächsten sechs Monaten auf die EU haben könnten. *Kiszelly* nannte die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der EU das Kernelement des Programms der ungarischen Ratspräsidentschaft. Ungarn begrüße eine Ausweitung der nuklearen Energieproduktion und lehne Einschränkungen für chinesische Investitionen vehement ab, da diese ideologisch begründet seien und die Wettbewerbsfähigkeit der EU einschränkten. Kritische Einwände der anderen Panellist:innen wehrte *Kiszelly* mit dem Hinweis ab, dass beispielsweise die chinesische Batterieproduktion in Ungarn von Deutschland kritisiert werde, die Batterien aber schlussendlich in Fahrzeugen deutscher Luxusmarken verbaut würden und die deutsche Kritik daher heuchlerisch sei. Aufgrund der beschränkten Koalitionsfähigkeit der ungarischen Regierungspartei im Europäischen Parlament sei der Handlungsspielraum für die anstehende Ratspräsidentschaft allerdings sehr beschränkt, so *Kiszelly*. Nichtsdestotrotz gebe es eine Reihe einzelner Themengebiete wie zum Beispiel die Asyl- und Migrationspolitik, in der eine Konsensfindung über Fraktionsgrenzen hinweg stattfinden könne.

*Priebus* fügte hinzu, dass für Ungarn auch die EU-Erweiterung auf dem Westbalkan einen Schwerpunkt darstellt. Hier sei vor allem der EU-Beitritt Serbiens ein erklärtes Ziel der ungarischen Regierung. Insgesamt werde die Ratspräsidentschaft Ungarns laut *Priebus* allerdings keine großen Auswirkungen haben, da zum Beispiel der Rat für Auswärtige Angelegenheiten nicht von der Ratspräsidentschaft angeführt wird. Pläne über eine Ausweitung der Sanktionen gegen Russland könne Ungarn also nicht von vornherein unterbinden. Ungarn hätte zwar die Möglichkeit, Akzente in der EU-Politik zu setzen, jedoch sei die Gestaltungsmacht der rotierenden Ratspräsidentschaft seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon im Jahr 2009 sehr eingeschränkt.

Dem pflichtete *Posselt* bei. Die Konstituierung des Europäischen Parlaments und die einmonatige Sommerpause nähmen viel Zeit in Anspruch und würden die Gestaltungsmacht der ungarischen Ratspräsidentschaft stark einschränken. Ratspräsidentschaften EU-kritischer Regierungen würden üblicherweise ausgeses-

sen, ohne dass die EU größeren Schaden davontragen müsse. Jedoch bereite ihm die Vorstellung, dass die EU in Zeiten akuten Handlungsbedarfs ein halbes Jahr blockiert werden könnte, große Sorge. Angesichts eines Krieges vor den Türen Europas und den Präsidentschaftswahlen in den USA im November wäre für Posselt eine Einschränkung der Handlungsfähigkeit der EU fatal.

---

### **Fazit**

Die erkenntnisreiche und an vielen Stellen sehr angeregte Podiumsdiskussion endete mit einer Reihe von Fragen seitens des Publikums, von denen eine abschließend sogar einen Konsens bei dem Panel hervorbringen konnte. Einigkeit bestand unter allen Panellist:innen darüber, dass sich ein deutsch-ungarischer Jugendaustausch immer lohnen würde – unabhängig von der aktuellen Regierung im Land.